

Geschäftsbericht 2022



Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Geschäftsbericht 2022



Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Inhalt

Gremien

- 7 Organe der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Provinzial Pensionskasse Hannover AG

- 8 Lagebericht
- 25 Gewinnverwendungsvorschlag
- 26 Jahresabschluss
- 44 Bestätigungsvermerk
- 48 Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder der Provinzial Pensionskasse Hannover AG

Aufsichtsrat

Jörg Sinner
Mitglied des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover
Vorsitzender

Angelika Müller
Direktorin der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover
Stellv. Vorsitzende

Dr. Ulrich Knemeyer
Vorsitzender des Vorstands der
Landschaftlichen Brandkasse Hannover,
Provinzial Lebensversicherung Hannover,
Hannover

Vorstand

Rolf-Dieter Marson
Vorsitzender

Kerstin Garbe

Treuhänder für das Sicherungsvermögen

Dr. Christian Haferkorn

Lagebericht

Bericht des Vorstands

Geschäftsmodell

Die VGH Versicherungen sind ein Zusammenschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, der Provinzial Lebensversicherung Hannover, der Provinzial Krankenversicherung Hannover AG und der Provinzial Pensionskasse Hannover AG. Sie bilden eine öffentlich-rechtlich organisierte Versicherungsgruppe und den größten Regionalversicherer Niedersachsens.

Alleiniger Aktionär der Provinzial Pensionskasse Hannover AG ist die Landschaftliche Brandkasse Hannover.

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG bietet Pensionskassenverträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung über die Vertriebswege der VGH, die selbstständige Ausschließlichkeitsorganisation und die Sparkassen in Niedersachsen und Bremen an. Die Beratung erfolgt auch direkt über Spezialisten der Direktion.

Den langfristigen Erfolg des Unternehmens misst die Provinzial Pensionskasse Hannover AG an der Sicherstellung einer angemessenen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen, um die Garantieverpflichtungen langfristig erfüllen zu können.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Rahmenbedingungen

Corona-Pandemie

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2022 zog das Infektionsgeschehen durch die seit Dezember 2021 vorherrschende Covid 19-Omikron-Variante wieder kräftig an. Die umfangreichen Schutzmaßnahmen und Kontaktbeschränkungen wurden fortgeführt. Unterstützt durch die weitere Durchimpfung der Bevölkerung entspannte sich die Pandemie-Situation im Frühjahr und Sommer. Die Schutzmaßnahmen wurden bis auf das Tragen von Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln und die besonderen Vorkehrungen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufgehoben. Im November/Dezember lagen die 7-Tage-Inzidenzen auf einem Niveau, das die Versorgungskapazität in den Krankenhäusern nicht überforderte.

Krieg zwischen Russland und Ukraine

Ende Februar hat Russland seine kriegerischen Angriffe gegen die Ukraine begonnen. Die westlichen Staaten reagierten mit umfangreichen Sanktionspaketen, die insbesondere die Bereiche Energie, Finanzen und Transport betrafen. Sie stellten der Ukraine neben der militärischen Unterstützung durch Ausrüstungs- und Waffenlieferungen vielfältige humanitäre Leistungen, Katastrophen- und finanzielle Hilfen bereit.

Die Sanktionsmaßnahmen wirkten auf die westlichen Länder zurück. Steigende Energie- und Erzeugerpreise heizten die Inflation in allen Ländern kräftig an. Mit umfangreichen Unterstützungsprogrammen entlasteten die Staaten ihre Bürger und ihre Wirtschaft. Die Zentralbanken reagierten mit steigenden Zinsen. Trotz guter Beschäftigungslage bestand zum Jahresende die Gefahr, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland langsam in Richtung Rezession gleitet.

Kapitalmärkte

Die Europäische Zentralbank (EZB) hielt im ersten Halbjahr 2022 grundsätzlich an ihrer Strategie einer lockeren Geldpolitik fest. Das bestehende Anleihe-Aufkaufprogramm wurde zwar für den Nettoerwerb von Vermögenswerten zum 1.7.2022 eingestellt, das Programm wird jedoch weiterhin genutzt, gut ausreichende Liquidität in den Märkten sicherzustellen und einen angemessenen geldpolitischen Kurs aufrechtzuerhalten. Die Tilgungsbeträge aus dem Pandemie-Notfallankaufprogramm sollen mindestens bis Ende 2024 bei Fälligkeit wieder angelegt werden. Trotz der im ersten Halbjahr schon kräftig anziehenden Inflation hat die EZB ihre Leitzinsen erst im zweiten Halbjahr in vier Schritten um insgesamt 250 Basispunkte auf 2,5 Prozent erhöht. Die Inflationsrate erreichte im Oktober mit 10,4 Prozent ihren Höchststand und lag Ende des Jahres noch bei 8,6 Prozent.

Die US-Notenbank FED hat auf die Inflationsentwicklungen frühzeitiger und kräftiger reagiert als die EZB. Schon im März erfolgte die erste Anpassung des Leitzinses um 25 Basispunkte auf 0,50 Prozent, nach sechs weiteren Schritten erreichte der Leitzins am Jahresende die Marke von 4,50 Prozent. Die Märkte befürchteten, dass die US-Wirtschaft im Zuge der Zinserhöhungen in eine Rezession abrutscht. Die amerikanische Wirtschaft zeigte sich stabil genug, das Bruttoinlandsprodukt lag in 2022 um 1,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Preisdynamik hat seit ihrem Höhepunkt im Juni kontinuierlich abgenommen und lag Ende 2022 bei 6,5 Prozent.

Trotz der kräftigen Erholung von den Corona-Tiefstständen auf den Aktienmärkten in 2021 gab die Inflationsentwicklung bereits Ende 2021 Anlass zur Sorge. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und dem Hochschnellen der Energiepreise hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise verbreitert und beschleunigt. Zusätzlich haben sich die wirtschaftlichen Aussichten verschlechtert. Dies alles hat zu einem Rückgang der Aktienbewertungen geführt, auch wenn sich die Unternehmensgewinne als robust gezeigt haben. Der DAX schloss mit einem Stand von 13.924 Punkten. Die Jahresperformance des deutschen Leitindex lag bei – 12,3 Prozent, die des MSCI-World, in Euro gerechnet, bei – 14,4 Prozent.

Der Rentenmarkt verzeichnete im Geschäftsjahr eine extrem negative Kursentwicklung. Angesichts dramatisch steigender Inflationsraten sahen sich die Zentralbanken gezwungen, die Zinsen kräftig und ungewöhnlich rasch anzuheben. Die steigenden Zinsen bedeuten fallende Kurse für festverzinsliche Wertpapiere. Da in den letzten Jahren Anleihen mit relativ niedrigen Kupons emittiert wurden und viele Emittenten das Niedrigzinsumfeld genutzt haben, besonders langlaufende Anleihen zu begeben, waren die Auswirkungen steigender Zinsen umso heftiger. Längerfristig betrachtet führt der Renditeanstieg zu adäquaten Renditen und Risikoprämien auf Anleihen, sofern die Notenbanken mittelfristig ihre Inflationsziele erreichen.

Konjunkturelles Umfeld*

Nach einem hoffnungsvollen Start zum Jahresbeginn wurde die Weltwirtschaft durch die geopolitischen Spannungen, insbesondere durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, zunehmend belastet. Steigende Energiepreise aufgrund der Sanktionsmaßnahmen gegen Russland, das sinkende Angebot an Lebensmitteln aufgrund von Hitzewellen und Dürreperioden ließen die Inflation extrem ansteigen. Die Zentralbanken reagierten mit einer strafferen Geldpolitik, die Zinsen wurden angehoben.

* ifo Institut, Konjunkturprognosen Winter 2022

Die Corona-Pandemie hat sich zwar in den meisten Ländern abgeschwächt, die Wirtschaftstätigkeit ist aber in einzelnen Ländern weiterhin beeinträchtigt, insbesondere in China. Viele Rohstoffpreise gingen in den letzten Monaten vor dem Hintergrund der globalen Konjunkturabschwächung zurück, dies gilt auch teilweise für die Energiepreise auf den Handelsmärkten. Die Problematik der Lieferengpässe setzte sich mit dem Kriegsgeschehen in der Ukraine fort. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung (ifo Institut) rechnet in seiner Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit + 2,8 Prozent in 2022 (Vorjahr: 6,4 Prozent).

Im Euroraum expandierte die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr 2022 noch deutlich. Während die Dienstleistungen im Frühjahr noch von der Aufhebung der meisten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung profitierten, belasteten im Sommer die starken Preissteigerungen die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Das Geschäftsklima verschlechterte sich im zweiten Halbjahr auf breiter Front. Die Stimmung der Verbraucher erreichte einen mehrjährigen Tiefststand. Aufgrund des Anstiegs der Energie- und Lebensmittelpreise haben zahlreiche Länder im Euro-Raum zusätzliche Ausgabenprogramme beschlossen, die die privaten Haushalte und die Wirtschaft entlastet haben. Das ifo Institut rechnet für das Jahr 2022 in der Eurozone mit einem Anstieg des BIPs von 3,4 Prozent (Vorjahr: 5,3 Prozent). Der Anstieg der Verbraucherpreise wird bei 8,4 Prozent (Vorjahr: 2,6 Prozent) eingeschätzt, die Arbeitslosenquote bei 6,6 Prozent (Vorjahr: 7,3 Prozent).

Die deutsche Wirtschaft erholte sich zu Jahresbeginn von den zurückliegenden Corona-Wellen. Die damit einhergehende Normalisierung in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen verliehen der Konjunktur einen kräftigen Schub. Allerdings bremsen die hohe Inflation, der Krieg in der Ukraine und die anhaltenden Lieferengpässe die wirtschaftliche Erholung in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Der deutsche Staat versuchte ebenfalls, die Folgen mit breit angelegten Entlastungsprogrammen abzufedern. Er schaffte damit aber auch Nachfrage, die bei beschränkten Produktionskapazitäten den Preisauftrieb hochhielt.

In 2022 wird für die deutsche Wirtschaft ein Anstieg des BIPs von 1,8 Prozent erwartet (Vorjahr: 2,6 Prozent). Die Verbraucherpreise erhöhten sich in 2022 durchschnittlich um 6,9 Prozent (Vorjahr: 3,2 Prozent). Die preisbereinigten Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen um 4,6 Prozent (Vorjahr: 0,4 Prozent). Die Sparquote lag bei 11,0 Prozent (Vorjahr: 15,0 Prozent). Die Arbeitslosenquote stabilisierte sich bei 5,3 Prozent (Vorjahr: 5,7 Prozent).

Deutscher Versicherungsmarkt

Die Geschäftsaussichten für Lebensversicherungsprodukte werden in der Langfristperspektive unverändert als günstig eingeschätzt. Für die Kunden besteht neben kapitalgedeckter Altersvorsorge weiterhin Bedarf zur Absicherung biometrischer Risiken in Form von Berufsunfähigkeit und Langlebigkeit. Das gestiegene Zinsniveau wirkt sich sehr positiv auf das Geschäftsmodell der deutschen Lebensversicherer und Pensionskassen aus. Neu- und Wiederanlagen in festverzinsliche Wertpapiere versprechen höhere Renditen und bestehende Rückstellungen für die Rechnungsgrundlage Zins können erwartungsgemäß deutlich früher als bisher geplant zurückgeführt werden.

Gleichwohl haben sich im Laufe des Geschäftsjahres 2022 die wirtschaftlichen Perspektiven der privaten Haushalte deutlich eingetrübt. Die zu Pandemiezeiten angesammelten Überersparnisse, die das Neugeschäft in 2022 beleben sollten, haben durch die Inflation an Kaufkraft verloren. Die gestiegenen Energie- und Lebensmittelpreise führten zu Unsicherheiten und einem vorsichtigeren Umgang mit dem eigenen verfügbaren Einkommen. Insbesondere die langfristige Altersversorgung ist von diesem abwartenden Verhalten betroffen, da der Abschluss eines Lebensversicherungsvertrags in Krisenzeiten tendenziell aufgeschoben wird. In Verbindung mit den steigenden Zentralbankzinsen legten die Sparer zunehmend Wert auf Liquidität. Die Aussicht auf weitere Zinserhöhungen könnten den Abschluss einer Lebensversicherung weiter verzögern, um möglicherweise von höheren Zinsgarantien zu profitieren.

Gemäß der im November 2022 veröffentlichten Erstversicherungsstatistik 2021 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) standen zum 31.12.2021 134 Pensionskassen unter Bundesaufsicht. Damit sank die Anzahl der beaufsichtigten Unternehmen gegenüber dem Vorjahr um ein Unternehmen. Im Geschäftsjahr 2021 verzeichneten die deutschen Pensionskassen der genannten Statistik entsprechend einen Beitragsrückgang von 3,6 Prozent (Vorjahr: Anstieg um 0,5 Prozent). Gleichzeitig stieg die Anzahl der versicherten Personen – Anwärter und Rentner – im Geschäftsjahr 2021 von 9,9 auf 10 Millionen. Die oben beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen erschweren weiterhin das Geschäft der Pensionskassen, sodass rückläufige Beitragseinnahmen auch für das Jahr 2022 zu erwarten sind.

Der Automobil-/Fahrzeugbau, die Nahrungsmittelindustrie und die Landwirtschaft sind die stärksten Wirtschaftszweige in Niedersachsen. Da die Provinzial Pensionskasse nur in den Bundesländern Niedersachsen und Bremen tätig ist, hängt das Geschäftspotenzial unseres Unternehmens stark vom Wachstum und der Wertschöpfung in diesen Bereichen ab.

Die skizzierten grundsätzlichen Entwicklungen prägten im Geschäftsjahr 2022 auch den Versicherungsmarkt im Geschäftsgebiet der Provinzial Pensionskasse.

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Taxonomie-Verordnung

Mit der EU-Taxonomie-Verordnung wird eine einheitliche Klassifizierung für nachhaltiges wirtschaftliches Handeln geschaffen. Diese soll innerhalb der Europäischen Union für Klarheit darüber sorgen, welche wirtschaftliche Tätigkeiten als nachhaltig angesehen werden können. Innerhalb von sechs Umweltzielen in der Taxonomieverordnung sind für die Ziele Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel bereits Kriterien für die Berichterstattung definiert. Zum 1.1.2023 kommen zu den bereits definierten Umweltzielen vier weitere dazu. Hierzu gehören die Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Kontrolle der Umweltverschmutzung, Schutz der Wasser- und Meeresressourcen sowie der Schutz der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme. Jedoch hat der Gesetzgeber zu diesen Zielen die technischen Kriterien noch nicht vorgelegt, sodass die Auswirkungen auf die einzelnen Asset-Klassen und Unternehmensbereiche nicht eingeschätzt werden können.

Offenlegungs-Verordnung

Mit der EU-Offenlegungs-Verordnung werden harmonisierte Vorschriften für Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater über die Transparenz bei der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken in ihren Prozessen und bei der Bereitstellung von Informationen über die Nachhaltigkeit von Finanzprodukten festgelegt. Die Angaben sind auf der Internetseite bereitzustellen bzw. in den vorvertraglichen Informationen und Broschüren oder regelmäßigen Berichten. Ab dem 1.1.2023 konkretisieren und erweitern die verabschiedeten technischen Regulierungsstandards die Veröffentlichungspflichten dahingehend, bestimmte Informationen in standardisierten Formaten bereitzustellen. Ab dem 30.6.2023 werden die Berichts- und Informationspflichten nochmals erweitert (Principal Adverse Impacts on Sustainability-PAIs).

Gesetzlicher Höchstrechnungszins in der Lebensversicherung

Der zulässige Höchstrechnungszins in der Lebensversicherung wurde zum 1.1.2022 auf 0,25 Prozent abgesenkt.

Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD)

Die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) verpflichtet zukünftig große Unternehmen zur Berichterstattung über die Berücksichtigung und den Umgang mit sozialen und ökologischen Herausforderungen. Die CSRD soll sicherstellen, dass Unternehmen verlässliche und vergleichbare Nachhaltigkeitsinformationen bereitstellen, die Stakeholder für die Bewertung nicht finanzieller Leistungen benötigen. Damit soll vor allem die Transparenz verbessert werden, um die Umorientierung von Investitionen auf nachhaltige Technologien und Unternehmen zu fördern. Die Provinzial Pensionskasse liefert alle benötigten Daten für diesen Bericht an ihre Konzernmutter, die den Nachhaltigkeitsbericht im Rahmen des Konzernabschlusses ab dem Geschäftsjahr 2024 erstellt und veröffentlicht.

Gesamtbewertung

Insgesamt verzeichnete die Provinzial Pensionskasse einen zufriedenstellenden Geschäftsverlauf 2022. Zur langfristigen Absicherung der Zinsverpflichtungen wurde die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve um 1,6 Millionen Euro aufgestockt. Die Ermittlung der Zinsverstärkung im Altbestand erfolgte mit Genehmigung der BaFin auf Basis eines sogenannten modifizierten Referenzzinses in Höhe von 1,97 Prozent. Die Überschussbeteiligung für das Jahr 2022 wurde auf demselben Niveau gehalten wie im Vorjahr. Der Rückversicherungssaldo einschließlich Depotzinsen für den in 2018 neugefassten Quotenrückversicherungsvertrag auf Normalbasis betrug für das Geschäftsjahr 2022 4,1 Millionen Euro. Das gestiegene Zinsniveau wirkt sich in der Langfristperspektive sehr positiv auf das Geschäftsmodell aus. Die Corona-Pandemie zeigte im Geschäftsjahr keine wesentlichen Auswirkungen auf das Risikoergebnis der Provinzial Pensionskasse.

Überschussverwendung

Nach Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 50 Tausend Euro ergab sich ein Jahresüberschuss von 190 Tausend Euro (Vorjahr: 70 Tausend Euro). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis im Geschäftsjahr positiv von dem Rückversicherungsvorgang beeinflusst ist. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Das ausgewiesene Eigenkapital beträgt 34.797 Tausend Euro (Vorjahr: 34.607 Tausend Euro).

Die Solvabilitätsquote beträgt 208 Prozent (Vorjahr: 217 Prozent).

Neuzugang, Bestand und Beitragseinnahme

Für die Provinzial Pensionskasse ergab sich ein Neuzugang von 1.130 Personen (Vorjahr: 859) und damit ein Plus von 31,5 Prozent in der Stückzahl. Der Bestand stieg leicht um 0,4 Prozent auf 29.936 Personen (Vorjahr: 29.803) einschließlich inzwischen 2.173 laufenden Renten (Vorjahr: 1.921).

Die Beitragseinnahmen stiegen um 1,7 Prozent auf 23,0 Millionen Euro (Vorjahr: 22,6 Millionen Euro). 14,7 Millionen Euro der Beitragseinnahmen entfallen auf in Rückdeckung gegebene Versicherungsbestände.

Versicherungsleistungen und Rückversicherung

Die Versicherungsleistungen betragen 16,5 Millionen Euro (Vorjahr: 16,0 Millionen Euro). Diese wurden weit überwiegend als einmalige Kapitalzahlung ausgezahlt, denn von den Personen, die die Altersgrenze erreichen, wählten nach wie vor die Mehrzahl die Kapital- statt der Rentenzahlung.

Insgesamt erhöht sich die Deckungsrückstellung für das selbst abgeschlossene Geschäft um 21,5 Millionen Euro auf 550 Millionen Euro (Vorjahr: 528,5 Millionen Euro). 503,1 Millionen Euro der gesamten Deckungsrückstellung entfallen auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft. Dieser Betrag entspricht den Depotverbindlichkeiten. Vorbehaltlich der Zustimmung durch den Aufsichtsrat wurden der Rückstellung für Beitragsrückerstattung 50 Tausend Euro (Vorjahr: 200 Tausend Euro) zugeführt.

Um der zukünftigen Steigerung der Lebenserwartung Rechnung zu tragen, war die Deckungsrückstellung für den Altbestand auf Basis genehmigter Geschäftspläne diesbezüglich um insgesamt 23,4 Millionen Euro auf 420,8 Millionen Euro zu erhöhen (Aufwand 2022: 1,3 Millionen Euro).

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve war von 50,8 Millionen Euro im Vorjahr auf 52,3 Millionen Euro zu erhöhen.

Die Gesamtverzinsung aus Rechnungszins und Überschussanteil liegt 2023 wie im Vorjahr bei 2 Prozent. Die Aufstellung der Überschussanteilsätze aller Tarife befindet sich im Anhang.

Kosten

Die Provinzial Pensionskasse beschäftigt außer den Vorständen keine eigenen Mitarbeiter.

Es werden Dienstleistungen der Provinzial Lebensversicherung Hannover in Anspruch genommen.

An Abschlusskosten fielen 992 Tausend Euro (Vorjahr: 869 Tausend Euro) an. Die laufenden Verwaltungskosten betragen 939 Tausend Euro (Vorjahr: 894 Tausend Euro). Die Abschlusskostenquote liegt bei 4,3 Prozent (Vorjahr: 3,8 Prozent), die Verwaltungskostenquote bezogen auf die Beiträge belief sich auf 4,1 Prozent (Vorjahr: 4,0 Prozent).

Kapitalanlagen

Der Kapitalanlagebestand stieg auf 584 Millionen Euro (Vorjahr: 562,8 Millionen Euro). Der überwiegende Teil in Höhe von 53,6 Prozent (Vorjahr: 53,9 Prozent) ist in Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen inklusive übrige Ausleihungen angelegt. Über 82 Prozent der Festzinstitel im Direktbestand waren in Anleihen der öffentlichen Hand, Anleihen mit Gewährträgerhaftung und deutsche Pfandbriefe mit sehr guter bzw. bester Bonität investiert. Von den bisher als schwierig eingestuften Staaten Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien befanden sich am Jahresende italienische, irische und spanische Staatsanleihen mit einem Zeitwert von 7,6 Millionen Euro im Gesamtbestand.

In weltweit diversifizierten Spezialfonds wurden 36,7 Prozent (Vorjahr: 36,1 Prozent) der gesamten Kapitalanlagen angelegt. Aufgrund der hohen Qualität des festverzinslichen Bestands sowie der laufenden Steuerung und Überwachung ist das Bonitätsrisiko insgesamt unverändert als gering einzustufen.

Der starke Zinsanstieg verbessert die Ertragsituation der Provinzial Pensionskasse. In der Neuanlage im Direktbestand konnte im Mittel eine Rendite von 2,7 Prozent erzielt werden. Insgesamt ergaben sich Netto-Kapitalerträge von 13,2 Millionen Euro (Vorjahr: 13,1 Millionen Euro) und eine Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 2,3 Prozent (Vorjahr: 2,4 Prozent).

Die Provinzial Pensionskasse weist zum Jahresende saldierte stille Lasten in Höhe von 88,8 Millionen Euro (Vorjahr: stille Reserven in Höhe von 85,8 Millionen Euro) bzw. 15,2 Prozent (Vorjahr: 15,2 Prozent) des Anlagebestandes aus. Der Rückgang der saldierten Reserven ist auf die Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2022 zurückzuführen.

Nicht-finanzielle Erfolgsfaktoren

Nachhaltige Kapitalanlage

Der Vorstand hat Kriterien für nicht-nachhaltige Kapitalanlagen für den Direkt- und Spezialfondsbestand unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Aspekte sowie einer verantwortungsvollen nachhaltigen Unternehmensführung erarbeitet. Hierzu wurden Ausschlusskriterien für Investitionen in Aktien und Unternehmensanleihen im Direktbestand und in Spezialfonds festgelegt.

Seit dem Geschäftsjahr 2020 werden bei der Steuerung der Allokation in der besonders relevanten Assetklasse der Staatsanleihen, zu denen auch Anleihen von Regionalregierungen oder Gebietskörperschaften gehören, Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt. Auf Basis eines Scoring-Modells, das alle Staaten weltweit hinsichtlich einer großen Anzahl von Environmental-, Social- und Governance-Kriterien (ESG-Kriterien) bewertet, werden Mindestkriterien in dieser Assetklasse für das Einzelinvestment und für das Portfolio festgelegt.

Darüber hinaus hat sich der alleinige Aktionär der Provinzial Pensionskasse, die Landschaftliche Brandkasse Hannover, zu den „Principles for Responsible Investment“ (PRI) verpflichtet. Mit dem Beitritt zur Initiative verpflichten sich die Unternehmen einschließlich der Tochterunternehmen in der Kapitalanlage Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsaspekte zu beachten, dadurch nachhaltig in der Kapitalanlage zu agieren und hierüber jährlich umfänglich zu berichten.

Planungsabgleich

Die Provinzial Pensionskasse verzeichnete eine Geschäftsentwicklung oberhalb der Planannahmen, soweit es die Beiträge betrifft (Gesamtbeitrag 23 Millionen Euro nach 22,6 Millionen Euro Planwert). Die Anzahl der neu versicherten Personen lag dagegen mit 1.130 deutlich unterhalb der geplanten 1.460 Personen.

Die in 2022 erzielte Nettoverzinsung der Kapitalanlagen in Höhe von 2,3 Prozent erreicht den Wert des letztjährigen Prognoseberichts und liegt damit leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve liegt mit 52,3 Millionen Euro aufgrund des Zinsanstiegs an den Kapitalmärkten rund 1,2 Millionen Euro unterhalb des Planwertes. Für die Berechnung der Zinsverstärkung im Altbestand zum 31.12.2022 wurde mit Genehmigung der BaFin, abweichend von dem Referenzzinssatz für den Neubestand gemäß DeckRV, ein modifizierter Referenzzinssatz in Höhe von 1,97 Prozent herangezogen. Gegenüber dem Referenzzins gemäß DeckRV in Höhe von 1,57 Prozent führt dieser Ansatz bei der Bestimmung der Zinsverstärkung zu einer Entlastung in Höhe von insgesamt ca. 17,4 Millionen Euro.

Prognosebericht Wirtschaftliches Umfeld

Für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft bestehen erhebliche Risiken. Es gibt keine Anzeichen, dass der Krieg in der Ukraine in absehbarer Zeit ein Ende finden könnte. Dies belastet sowohl die russische Wirtschaft als auch die der EU-Mitgliedstaaten. Die Abkehr der EU von Russland als Rohstofflieferant birgt nicht nur kurzfristig, sondern auch mittelfristig Inflationsrisiken, wenn die Länder nicht in der Lage sind, auf dem Weltmarkt, insbesondere bei Erdgas, ausreichend Ersatz zu finden. Weitere Schocks bei den Energie- und Lebensmittelpreisen könnten die Gesamtinflation längere Zeit hochhalten, verbunden mit der Gefahr, dass die Lohn-Preis-spirale anspringt.

Auch die Corona-Pandemie birgt weitere Risiken. Es ist nicht auszuschließen, dass die Infektionsraten wieder deutlich ansteigen und weitere gefährliche Virusvarianten entstehen, mit der Folge erneuter Einschränkungen im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft.

Die ifo-Konjunkturprognose geht für 2023 davon aus, dass in der zweiten Jahreshälfte mit einem allmählichen Rückgang der Gaspreise in Europa zu rechnen ist. Die geldpolitischen Rahmenbedingungen dämpfen zwar die Nachfrage, schwächen aber gleichzeitig auch die Inflationsdynamik. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird in 2023 gemäß Prognose nahezu stagnieren und in 2024 um 1,6 Prozent wachsen. Der Anstieg der Verbraucherpreise schwächt sich erwartungsgemäß von durchschnittlich 7,9 Prozent in 2022 auf zunächst 6,7 Prozent in 2023 ab. Für 2024 geht das ifo Institut noch von einem Anstieg von ca. 3,0 Prozent aus.

Die Kapitalmärkte werden maßgeblich beeinflusst sein von den Inflationserwartungen, den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den geldpolitischen Maßnahmen der Notenbanken und möglichen fiskalischen Impulsen seitens der einzelnen Staaten. Bei Anleihen dürften der Renditeanstieg und damit die hohen Kursverluste im Jahr 2023 ihr Ende finden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass keine größeren Leitzinsschritte als ohnehin erwartet nötig werden, um die Inflation einzudämmen. Davon wären neben den Anleihe- auch die Aktienmärkte negativ betroffen.

Insgesamt erscheinen Aktien aufgrund niedriger Bewertungen bei stabilen Unternehmensgewinnen für das Jahr 2023 als eine Anlageoption.

Für das Jahr 2023 bestehen große Unsicherheiten, aber auch Chancen hinsichtlich der Wachstumsimpulse für die Lebensversicherung. Die hohe Ersparnisbildung der privaten Haushalte wird durch die Inflation teilweise aufgezehrt. Steigende Zinsen können Banken mit ihren Produkten schneller an den Kunden weitergeben als Lebensversicherungsprodukte. Andererseits sollte insbesondere die Generation der Babyboomer vermehrt Lebensversicherungsprodukte nachfragen, da die gesetzliche Rente allein nicht ausreichen wird, den erreichten Wohlstand im Rentenalter zu erhalten. Zusätzlich werden Wachstumschancen bei Anlageprodukten mit flexiblen Einzahlungsmodellen gesehen.

Planungen 2023

Bei der Provinzial Pensionskasse belastet die Demografie des Vertragsbestandes die künftige Beitragsentwicklung. Hohe reguläre Vertragsabläufe aus abschlussstarken älteren Jahrgängen müssen durch ausreichend hohes Neugeschäft kompensiert werden. Aufbauend auf dem zum 1.1.2021 fast vollständig überarbeiteten Produktangebot mit Kapitalmarktorientierung und abgesenktem Garantiezins wurde 2022 der gesetzliche Höchstrechnungszins von 0,25 Prozent wettbewerbsfähig in das Angebot überführt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte eine deutliche Belegung des Neugeschäfts beobachtet werden. Es wird erwartet, dass sich diese positive Entwicklung auch im Jahr 2023 fortsetzt.

Die Neuausrichtung des Sparkassenvertriebs umfasst eine neue Betreuungsstruktur für die einzelnen Sparkassen. Die Umsetzung bildet eine wesentliche Grundlage für die Forcierung des Sparkassenvertriebs in den kommenden Jahren. Sämtliche Aktivitäten der nun drei dezentral verantwortlichen Vertriebsbereiche im Geschäftsgebiet der Provinzial Pensionskasse zielen auf eine langfristige vertriebliche Bindung der Sparkassen an die VGH durch eine klar am Bedarf der Sparkassen ausgerichtete Unterstützung. Insbesondere stehen die Produkte und die sparkassenspezifischen Beratungs-/Bearbeitungsprozesse im Fokus.

Innerhalb unserer sehr langfristig ausgerichteten Kapitalanlagen wird sich der starke Zinsanstieg in Form von höheren Renditen für die Neu- und Wiederanlage von festverzinslichen Wertpapieren mittelfristig bemerkbar machen. Wir gehen für 2023 von einer laufenden Verzinsung in Höhe von 2,2 Prozent sowie einer Nettoverzinsung in Höhe von 2,3 Prozent aus, welche damit auf dem Niveau der in 2022 erzielten Verzinsungen liegen würden.

Die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve erhöht sich nach aktuellen Zinsannahmen im Geschäftsjahr 2023 weiter um ca. 0,9 Millionen Euro. Bei einem angenommenen Referenzzinssatz per 31.12.2023 gemäß Korridormethode in Höhe von 1,57 Prozent bzw. einem angenommenen modifizierten Referenzzinssatz in Höhe von 1,94 Prozent liegt diese dann bei ca. 53,3 Millionen Euro.

Chancen- und Risikobericht

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Chancen und Risiken ist Ziel der Geschäftsstrategie. Folgende Erfolgsfaktoren werden in der mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens gesehen. Demgegenüber stehen die allgemeinen Risiken aus dem Versicherungsgeschäft, aus der Kapitalanlage und aus der strategischen Aufstellung der Provinzial Pensionskasse im regionalen Marktumfeld.

Chancenbericht

Dezentrale Unternehmensstrukturen

Während sich einzelne Versicherer aus ländlichen Regionen zurückziehen, bleibt die VGH ihren historischen Wurzeln und ihrem dezentralen Geschäftsmodell treu. Die Verankerung in der Region erfolgt seit Generationen durch eine starke Ausschließlichkeitsorganisation mit rund 400 Agenturen und den Sparkassen mit ihrem dichten Filialnetz. Insgesamt 11 Regionaldirektionen koordinieren die vertrieblichen und betrieblichen Belange in der Fläche. Mit der damit verbundenen Kundennähe kann die VGH langfristig ihre Marktstärke ausbauen und Wettbewerbsvorteile auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge sowohl in den städtischen als auch ländlichen Regionen ihres Geschäftsgebiets generieren.

Produktpolitik

Im Verbund der VGH Versicherungen mit regionaler Marktführerschaft in den Kerngeschäftsbereichen soll die Produktpalette konsequent auf die Bedürfnisse der Kunden ausgerichtet werden. In diesem Rahmen ordnet sich auch das Produktangebot der Provinzial Pensionskasse ein.

Risiko-/Ertragsorientierte Kapitalanlage

Das Kapitalanlagemanagement zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite, Liquidität und Fungibilität aus. Die Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse werden im Wesentlichen in zwei Segmenten gesteuert: Das Basisportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln, die sich an den passivseitigen Verpflichtungen orientieren. Innerhalb des Ertragsportfolios erfolgt eine aktive Risikoübernahme zur Erwirtschaftung einer Rendite oberhalb des Basisportfolios. In diesem Segment erfolgt eine zeitnahe Risikosteuerung.

Die Kapitalanlagestrategie definiert den Umfang und die Struktur der genannten Segmente. Mit dieser überwiegend prognoseunabhängigen Aufstellung kann die Provinzial Pensionskasse eine ihren Verpflichtungen angemessene Anlage und Rendite sicherstellen und das bereitgestellte Risikokapital effizient einsetzen.

Unternehmenskultur/Mitarbeiter

Vor dem Hintergrund der engen personellen Bindung der Provinzial Pensionskasse in die Strukturen des VGH Verbundes partizipiert das Unternehmen an der Unternehmenskultur der VGH, die von einer hohen Motivation und Identifikation der Mitarbeiter im Innen- und Außendienst geprägt ist, Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander fördert und das unternehmerische und eigenverantwortliche Denken und Handeln stärkt. Hierfür investiert die VGH in Qualifikation und Gesunderhaltung der Mitarbeiter.

Nachhaltige Unternehmensausrichtung

Für die VGH ist das Thema Nachhaltigkeit ein elementarer Baustein des unternehmerischen Erfolgs. Inzwischen gewinnt es auch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zunehmend an Bedeutung. Da für die VGH zukunftsorientiertes Denken und Handeln unerlässlich sind, wird die nachhaltige Ausrichtung der Provinzial Pensionskasse weiter systematisiert. Daher wurde im Geschäftsjahr 2022 unter anderem mit der Überarbeitung des Nachhaltigkeits-Zielbildes zu einer nachhaltigen, messbaren und damit über die Jahre vergleichbaren Strategie begonnen.

Risikobericht

Marktrisiko

Zur Begrenzung des Marktrisikos aus Kapitalanlagen wird laufend ein vom Vorstand verabschiedetes Risikokapital in jeder Risikoklasse bereitgestellt. Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und prozentuale Risikobedeckung beschlossen. Die Steuerung ist grundsätzlich an ökonomischen Belangen ausgerichtet, bilanzielle und aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen fließen als Restriktionen ein.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk-orientierten Vorgehensweise. Eine hinreichende Streuung und Mischung der Einzeltitel (Granularität) soll durch das Limitsystem sichergestellt werden. Diversifikationseffekte werden bei der Risikobewertung berücksichtigt.

Darüber hinaus erfolgt in regelmäßigen Abständen eine szenariobasierte Analyse der Marktpreisrisiken. Dadurch können die Auswirkungen von Marktveränderungen auf die Kapitalanlage der Provinzial Pensionskasse bemessen und bei Bedarf gezielt Maßnahmen zur Steuerung ergriffen werden.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Sensitivitätsanalysen gemäß dem Deutschen Rechnungslegungs-Standard (DRS 20) für die Provinzial Pensionskasse dargestellt. In diesem Stresstest werden die Auswirkungen extremer kurzfristiger Kapitalmarktschwankungen auf den nächsten Bilanzstichtag (31.12.2023) projiziert. Eventuelle Absicherungsstrategien von Aktienkursrisiken, Zinsrisiken, Kreditrisiken und Fremdwährungsrisiken werden nicht berücksichtigt.

Die aktienkurssensitiven Anlagen umfassen den indirekt in Fonds gehaltenen Aktienteil. Bei den Immobilien wird das gesamte Immobilienexposure im indirekten Bestand berücksichtigt. Ein Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent sowie der Immobilienpreise um 5 Prozent würde bei den Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse Hannover AG per 31.12.2023 zu einem Rückgang der Marktwerte um 8,5 Millionen Euro führen.

Bei der Betrachtung der zinssensitiven Anlagen wurden die direkt sowie die indirekt über Fonds gehaltenen Rentenanlagen berücksichtigt. Ein Zinsanstieg um 100 Basispunkte würde den Marktwert der zinssensitiven Kapitalanlagen der Provinzial Pensionskasse per 31.12.2023 um 52,5 Millionen Euro verringern.

Im Rahmen der Überwachung des Währungsrisikos wird die Verteilung der gesamten Kapitalanlagen auf die einzelnen Währungen laufend kontrolliert. Der Anteil der Anlagen in anderen Währungen als dem Euro ist limitiert.

In allen Tests wird überprüft, ob der eingetretene Marktwertverlust, der für das nach dem HGB ermittelte Ergebnis relevant ist, durch das vorhandene Eigenkapital, die freie RfB und die nach dem Stress noch verfügbaren Bewertungsreserven abgedeckt werden kann. Alle Tests weisen ein positives Ergebnis aus und wurden bestanden.

Darüber hinaus wird ein kombiniertes Szenario aus einem Rückgang der Aktienkurse um 20 Prozent sowie der Immobilienpreise um 5 Prozent und einem Zinsanstieg um 100 Basispunkte betrachtet. Der Stresstest kommt auch hier zu der Aussage, dass der eingetretene Marktwertverlust, der für das nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) ermittelte Ergebnis relevant ist, durch das vorhandene Eigenkapital, die freie RfB und die nach dem Stress noch verfügbaren Bewertungsreserven abgedeckt werden kann.

Der Kapitalmarkt ist aktuell durch den Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine, die Energiekrise, die hohe Inflation sowie die veränderte Politik der Notenbanken und den daraus resultierenden Zinsanstieg geprägt. Der deutliche Zinsanstieg ist einerseits attraktiv für Neuanlagen, belastet aber bestehende Investments in Zinspapiere deutlich. Die Risikotragfähigkeit der Provinzial Pensionskasse hat sich durch die Reserverückgänge im Bereich der Zins- und Aktieninvestments deutlich reduziert – auf weitere Fondsaufstockungen und die Wiederanlage der Ausschüttung des Dachfonds wurde daher bei der Provinzial Pensionskasse im zweiten Halbjahr verzichtet.

Die Kapitalanlageallokation ermöglicht die Bilanzierung von stillen Lasten gemäß § 341 b HGB und vermeidet außerplanmäßige Abschreibungen. Die Wiederanlage von Zinsanlagen kann die passivseitigen Anforderungen erfüllen.

Versicherungstechnisches Risiko

Grundsätzlich besteht das versicherungstechnische Risiko in der Abweichung der den Verträgen zugrundeliegenden Rechnungsgrundlagen für Zins, Sterblichkeit und Kosten. Zur Beschränkung dieses Risikos sind Sicherheitszuschläge enthalten. Wie in den Vorjahren wurde die Zusatzrückstellung für biometrische Risiken weiter ausgebaut. Der Ausbau der Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve wurde fortgeführt. Durch einen Rückversicherungsvertrag wird das versicherungstechnische Risiko beschränkt und die Finanzierung der Zinszusatzreserve wird unterstützt.

Kredit-/Ausfallrisiko

Neben der Kapitalanlage besteht ein Kreditrisiko im Wesentlichen zur Rückversicherung. Die Rückversicherungsabgabe erfolgt ausschließlich an die Muttergesellschaft Landschaftliche Brandkasse Hannover. Die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls von Rückversicherungsforderungen ist damit sehr gering.

Liquiditätsrisiko

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität erfolgt eine rollierende Liquiditätsplanung, die unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse auch eine Bereitstellung der Sichteinlagen aus fungiblen Anlagen vorsieht.

Das Liquiditätsrisiko ist sehr gering, da ein schnelles Storno von Verträgen aufgrund der arbeitsrechtlichen Beschränkungen in der betrieblichen Altersversorgung grundsätzlich nicht möglich ist.

Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken beinhalten neben dem operationellen Risiko das strategische und das Reputationsrisiko. Wesentliche Risiken werden laufend überwacht. Die Maßnahmen zur Risikominimierung werden mindestens jährlich beim Durchlauf der Risikoinventur überprüft. Die Inventur wird zudem durch Risikoassessments ergänzt, innerhalb derer ein Dialog zwischen dem Risikomanagement und den Fachbereichen zu neuen und bestehenden Risiken sowie den hinterlegten Maßnahmen stattfindet.

Geopolitische Risiken

Deutschland gehört zu den weltweit größten und stärksten Volkswirtschaften mit einem sehr hohen Export-Anteil. Bei größeren Krisensituationen sind über die engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen zu fast allen Ländern und Kontinenten der Erde negative Auswirkungen auf die eigene Wirtschaftsentwicklung nicht auszuschließen. Dies war im Geschäftsjahr durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu spüren. Aufgrund der Stärke und Stabilität der deutschen Strukturen konnten diese Entwicklungen bisher jedoch ohne wesentliche negative Folgen aufgefangen werden.

Die Provinzial Pensionskasse ist von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere von der Kapitalmarktentwicklung abhängig. Geopolitische Risiken können die Geschäftsentwicklung der Provinzial Pensionskasse beeinflussen. Verwerfungen auf den Kapitalmärkten wirken sich auf das Anlageergebnis der Provinzial Pensionskasse aus. Durch die relativ niedrige Aktienquote, das weltweit diversifizierte Anlageportfolio und das vorhandene Risikokapital werden Schwankungen auf den Aktienmärkten auf der Ergebnisseite begrenzt.

Am 24.2.2022 hat Russland mit einem Luftangriff kriegerischen Auseinandersetzungen mit der Ukraine begonnen. Die westlichen Staaten reagierten mit einem umfangreichen Sanktionspaket gegen Russland, das insbesondere die Bereiche Energie, Finanzen und Transport traf. Diese Maßnahmen belasteten auch die westeuropäischen Volkswirtschaften.

Die Provinzial Pensionskasse ist durch diese Krisensituation wirtschaftlich nur im geringen Umfang belastet, da auf den internationalen Kapitalmärkten die Auswirkungen von Kriegen in exponierten Regionen kurzfristig oft sehr stark, aber selten von langfristiger Natur wirken. Aufgrund der diversifizierten Anlagepolitik und einem ausreichenden Risikokapital können die Auswirkungen auf das Kapitalanlageergebnis der Provinzial Pensionskasse wirksam aufgefangen werden. Die materiellen Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis der Provinzial Pensionskasse werden insgesamt als kontrolliert und tragfähig eingeschätzt.

Inflationsrisiken

Die umfassenden Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzkrise 2008 haben die Zentralbanken veranlasst, eine langanhaltende Niedrigzinspolitik zu betreiben, um die hochverschuldeten Staaten zu entlasten und die Wirtschaft über günstige Kredite zu fördern. Während der Niedrigzinsphase führte die Inflation zu keiner besonderen Belastung der Wirtschaft. Jedoch zeigten sich im Verlauf des Jahres 2022 multiple Krisenentwicklungen, die weltweit einen steigenden Preisdruck erzeugten. Die pandemiebedingten Lockdowns in China, die anhaltenden Probleme in den weltweiten Lieferketten, der russische Angriff auf die Ukraine, verbunden mit der Energie- und Nahrungsmittelverknappung, zeigten die Fragilität der weltweiten Handelsströme auf und belasteten die Preisentwicklungen extrem. Die Inflation zog Mitte 2021 an und erreichte im Oktober mit 10,4 Prozent ihren Höchststand in 2022.

Inwieweit und wie schnell sich die Weltwirtschaft an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen wird, ist kaum einzuschätzen, ebenso wie stark der Euro-Raum von einer Rezession dauerhaft getroffen wird. Sollte die Inflation längerfristig auf höherem Niveau verbleiben, können die damit veränderten Rahmenbedingungen Auswirkungen auf die Geschäftsmodelle der deutschen Versicherungswirtschaft haben.

Für die Provinzial Pensionskasse Hannover kann festgestellt werden, dass das Geschäftsmodell im Wesentlichen auf dem Verkauf eines Nominalzinsversprechens basiert, das grundsätzlich inflationsunabhängig ist. Das Unternehmen ist für die weitere Geschäftsentwicklung weitgehend inflationsrobust aufgestellt.

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bestehen für die Lebensversicherungsbranche vorwiegend aus regulatorischen Vorhaben, die den unternehmerischen Entscheidungsspielraum in der Produktgestaltung einschränken könnten, sowie aus der deutschen oder europäischen höchstgerichtlichen Rechtsprechung zur weiteren Gestaltung des Verbraucherschutzes, die vor allem in bestehende Verträge eingreift. Wegen der branchenweiten Bedeutung nimmt die Arbeit der Verbände hier eine besondere Stellung ein.

IT-Risiken

Cyberisiken sind auch in 2022 gestiegen, wie z. B. die Bundesanstalt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in ihrem Jahresbericht feststellt. Die Bedrohungslage führt auch zu steigenden regulatorischen Anforderungen auf die die Provinzial Pensionskasse gemeinsam mit ihrem Dienstleister ivv mit risikomindernden Maßnahmen wie beispielsweise Audits und Verbesserungen der Angriffserkennung und -reaktion reagiert. Durch diese Maßnahmen ist die Risikolage weiterhin als gleichbleibend einzuschätzen. Zu Beginn des Russland-Ukraine-Krieges konnte eine erhöhte Bedrohungslage durch das BSI festgestellt werden.

Nachhaltigkeitsrisiken

Negative Auswirkungen aus Nachhaltigkeitsrisiken umfassen im Wesentlichen Wertverluste aus der Neubewertung von Geschäftsaussichten von Branchen und Betrieben unter Nachhaltigkeitsaspekten. Diese Aspekte spielen bei der Provinzial Pensionskasse vor allem im Bereich der Kapitalanlage eine Rolle. Auch mögliche Reputationsrisiken des Unternehmens sind im Themenbereich Nachhaltigkeit besonders zu beachten.

Kurzfristige Auswirkungen aus Nachhaltigkeitsrisiken sind bereits in bestehenden Risikokategorien angemessen berücksichtigt. Regelmäßige Analysen mit möglichen erforderlichen Anpassungen in der Zukunft erfolgen im Rahmen der jährlichen Überprüfung des Risikoprofils.

Vor dem Hintergrund der engen Bindung der Provinzial Pensionskasse in die Strukturen des VGH Verbundes partizipiert das Unternehmen an der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsrisiken der VGH.

Risiken aus der Corona-Pandemie

Die VGH Organisation hat die gesetzlichen Vorgaben zur Eindämmung der Corona-Pandemie stets eingehalten. Die Arbeitsfähigkeit sowohl in der Innendienst- als auch in den jeweiligen Außendienstorganisationen war jederzeit fachlich und technisch sichergestellt.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des Russland-Ukraine-Krieges wurden in allen Unternehmensbereichen beherrscht. Zudem kann festgehalten werden, dass das Unternehmen für seine weitere Geschäftsentwicklung weitgehend inflationsrobust aufgestellt ist. Gegenwärtig sind keine Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen. Die Risikosituation ist kontrolliert und tragfähig.

Risikomanagementsystem

Risikoorganisation und Risikomanagement

Die Provinzial Pensionskasse nutzt im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrages das Risikomanagementsystem der VGH Versicherungen, Hannover. Die Risikomanagementfunktion, die Versicherungsmathematische Funktion und die Interne Revisionsfunktion sind an die Provinzial Lebensversicherung Hannover ausgegliedert. Durch das Risikomanagement werden Risiken identifiziert, erfasst und bewertet. Die systematische Erfassung der Risiken ermöglicht das frühzeitige Aufzeigen und Nachhalten von Handlungsmaßnahmen.

Die Risikomanagementfunktion überwacht laufend die Risiken, begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung ihrer Risiken, ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung und unterstützt den Vorstand bei den Aufgaben zum Risikomanagement. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens informiert.

Das Risikotragfähigkeitskonzept bildet den Grundstein der quantitativen Risiko- steuerung in der Kapitalanlage. Jährlich stellt der Vorstand das Risikobudget für das Unternehmen und die einzelnen Risikokategorien zur Verfügung. Die unterjäh- rige Überwachung und Steuerung des Budgets wird unterstützt durch die vorhan- denen Limitsysteme.

Weitere Informationen

Schlussklärung

Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen wurden im vergangenen Geschäftsjahr nicht getroffen oder unterlassen. Dieser Beurteilung liegen Umstände zugrunde, die uns im Zeitpunkt der berichtspflichtigen Vorgänge bekannt waren.

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinie seines Handelns sind die gesetzlichen und sat- zungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliches Versicherungs- unternehmen sowie die allgemein anerkannten Grundsätze einer guten Cor- porate Governance.

GDV-Verhaltenskodex

Die Provinzial Pensionskasse und ihre Verbundunternehmen sind dem GDV-Verhal- tenskodex mit Wirkung zum 1.4.2014 beigetreten. Dieser Verhaltenskodex stellt ei- ne Selbstverpflichtung aller beigetretenen Versicherungsunternehmen dar, den gestiegenen Kundenbedürfnissen und sich abzeichnenden gesetzlichen Anforde- rungen an die Transparenz und Verbindlichkeit im Rahmen der Vermittlung von Versicherungsprodukten Rechnung zu tragen. Inhaltlich steht ein hoher Anspruch an die Qualifikation der Beratung, deren Dokumentation sowie klare und verständ- liche Versicherungsprodukte im Vordergrund der in 11 Punkten niedergelegten Selbstverpflichtung. Mit dem Beitritt haben sich die unter dem Dach der VGH agie- renden Unternehmen dazu verpflichtet, diese Verhaltensregeln umzusetzen und einzuhalten.

Die interne Revision hat Anfang 2021 die Angemessenheit der Umsetzung ohne Einschränkungen für den Zeitraum vom 1.5.2018 - 31.3.2021 festgestellt. Die nächste Prüfung erfolgt voraussichtlich 2024.

Sonstiges

Die Provinzial Pensionskasse ist freiwilliges Mitglied im gesetzlichen Sicherungs- fonds der Lebensversicherungsunternehmen.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen und Sparkassen sowie allen Dienstleistern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unserer Unternehmen im Geschäftsjahr 2022 beigetragen haben. Auch den Personalräten und der Gleichstellungsbeauftragten danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Hannover, den 20. Februar 2023

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Bilanzgewinn wird mit 4.797.108,09 Euro ausgewiesen.

Der Vorstand wird nach Zustimmung des Aufsichtsrats der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Hannover, den 20. Februar 2023

Der Vorstand

Übrige Angaben

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2022

	Anwärter		
	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	12.630	15.252	
II. Zugang während des Geschäftsjahres			
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	452	678	
2. Sonstiger Zugang	0	0	
3. Gesamter Zugang	452	678	
III. Abgang während des Geschäftsjahres			
1. Tod	35	15	
2. Beginn der Altersrente	113	153	
3. Berufs- und Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	3	4	
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	360	489	
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	0	0	
7. Sonstiger Abgang	31	46	
8. Gesamter Abgang	542	707	
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	12.540	15.223	
Davon			
1. Beitragsfreie Anwartschaften	4.472	5.565	
2. in Rückdeckung gegeben	8.953	10.687	

Invaliden- und Altersrente			Hinterbliebenenrenten					
Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten	Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten		
Anzahl	Anzahl	Tsd. €	Anzahl	Anzahl	Tsd. €	Witwen	Witwer	Waisen
						Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
944	976	2.899	1	0	0	0	0	0
117	158	539	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
117	158	239	0	0	0	0	0	0
6	6	20	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	6	26	0	0	0	0	0	0
11	12	46	0	0	0	0	0	0
1.050	1.122	3.392	1	0	0	0	0	0
1.043	1.117	3.384	0	0	0	0	0	0

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2022

Aktivseite	2022		2021
	€	€	€
A. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	214.279.365		203.275.221
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	56.388.945		55.934.784
3. Sonstige Ausleihungen	313.286.316	583.954.626	303.597.166
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice		27.565	3.581
C. Forderungen			
I. Sonstige Forderungen			175
Davon: an verbundene Unternehmen: 0 € (0 €)			189
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte	0		110
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	4.964.517		4.106.722
III. Andere Vermögensgegenstände	460.575	5.425.092	218.948
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	3.350.465		3.465.441
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	382.302	3.732.767	441.888
Summe der Aktivseite		593.140.225	571.044.050

Bestätigung gemäß VAG:

Gemäß § 128 VAG bestätige ich, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Hannover, den 21. Februar 2023

Dr. Christian Haferkorn
Treuhand

Passivseite	2022		2021
	€	€	€
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes/gezeichnetes Kapital		3.000.000	3.000.000
II. Kapitalrücklage		23.906.911	23.906.911
III. Gewinnrücklagen			
1. andere Gewinnrücklagen		3.093.089	3.093.089
IV. Bilanzgewinn		4.797.108	34.797.108
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag	549.993.167		528.474.136
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	503.082.884	46.910.283	489.039.110
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag	401.612		366.974
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	370.363	31.249	355.877
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		5.167.271	52.108.803
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag			27.565
			3.581
D. Andere Rückstellungen			
I. Steuerrückstellungen		28.549	25.560
II. Sonstige Rückstellungen		30.000	58.549
			27.000
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			
		503.082.884	489.039.110
F. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern		828.119	850.754
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		42.559	275.541
III. Sonstige Verbindlichkeiten		1.282.430	2.153.108
			1.065.161
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 1.270.181 € (1.048.649 €)			
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
		912.208	359.859
Summe der Passiva		593.140.225	571.044.050

Bestätigung gemäß AktuarV:

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. I. und C. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 235 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 bis 7 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 336 in Verbindung mit § 234 Absatz 6 Satz 1, auch in Verbindung mit § 233 Absatz 5 Satz 2, VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 15.2.2022 genehmigten Geschäftsplan für die

Zinsverstärkung im Altbestand sowie dem zuletzt am 14.1.2019 genehmigten Ergänzungsgeschäftsplan für die Anpassung des Altbestands an Rentenversicherungen berechnet worden.

Hannover, den 20. Februar 2023

Bernhard Clemens Patzelt
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2022			2021
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		23.001.715		22.627.006
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		14.380.959	8.620.756	15.055.282
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			226.982	155.519
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		12.587.889		13.465.858
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		995.774	13.583.663	54
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			0	12
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			15.292	25.440
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	16.480.480			15.851.344
bb) Anteil der Rückversicherer	15.179.364	1.301.116		14.522.592
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	34.639			137.792
bb) Anteil der Rückversicherer	- 14.487	20.152	1.321.268	- 136.523
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag		21.543.014		23.080.153
bb) Anteil der Rückversicherer		14.043.774	7.499.240	16.253.625
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			50.000	200.000
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Abschlussaufwendungen	992.089			869.476
b) Verwaltungsaufwendungen	939.010	1.931.099		893.904
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		232.143	1.698.956	397.394
Übertrag:			11.877.229	11.496.072

	2022			2021
	€	€	€	€
Übertrag:			11.877.229	11.496.072
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		390.040		342.888
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		672	390.712	0
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			1.691	0
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			11.010.491	10.812.008
13. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			474.335	341.176
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		6.997		40.468
2. Sonstige Aufwendungen		253.197	- 246.200	251.632
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			228.135	130.012
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			38.135	60.012
5. Jahresüberschuss			190.000	70.000
6. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			4.607.108	4.537.108
7. Bilanzgewinn			4.797.108	4.607.108

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

Anteile an Investmentvermögen, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind – soweit dem Umlaufvermögen zugeordnet –, mit den Börsen- oder Marktpreisen, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet. Soweit Anteile an Investmentvermögen und Inhaberschuldverschreibungen dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen, wird vom Wahlrecht der Bewertung nach den Grundsätzen des Anlagevermögens für einzelne Vermögensgegenstände Gebrauch gemacht.

Namenschuldverschreibungen werden mit ihrem jeweiligen Nennbetrag angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden durch aktive oder passive Rechnungsabgrenzung unter Anwendung der Effektivzinsmethode auf die Laufzeit verteilt. Namensschuldverschreibungen ohne laufende Verzinsung werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Schuldscheinforderungen, Darlehen und übrige Ausleihungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Amortisation einer Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Die übrigen Ausleihungen beinhalten Ausleihungen gegenüber niedersächsischen Kommunen sowie Anteile am Sicherungsfonds für Lebensversicherungen und werden zu Anschaffungskosten bilanziert.

C. Forderungen

Forderungen werden mit dem jeweiligen Nennwert angesetzt. Abschreibungen und Wertberichtigungen waren nicht erforderlich.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauern.

Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten und der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit dem jeweiligen Nennbetrag.

PASSIVA

- B. Versicherungstechnische Rückstellung**
- Die Deckungsrückstellung ist für jede Versicherung einzelvertraglich, prospektiv mit implizit angesetzten Kosten und Bildung einer Verwaltungskosten- sowie einer Abschlusskostenreserve (letztere nicht für die Tarife PK, PK21 und PK22) ermittelt worden.
- Dabei wurden für die bis einschließlich 2005 abgeschlossenen Tarife (Altbestand) ein Rechnungszinssatz von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent sowie jeweils die mit zusätzlichen Abschlägen versehenen Heubeck-Richttafeln 1998 verwendet. Um das Sicherheitsniveau zu erhöhen, wurde eine zusätzliche Verstärkung der Deckungsrückstellung sowohl für Sterblichkeit als auch für Zinsrisiken vorgenommen. Bei der Berechnung des Auffüllungsbetrages für die Zinsverstärkung wurde ein Referenzzins von 1,97 Prozent als Rechnungsgrundlage verwendet.
- Den Berechnungen der Deckungsrückstellung für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge (Neubestand) liegen ein Rechnungszins von 2,75 Prozent, 2,25 Prozent, 1,75 Prozent, 1,25 Prozent, 0,9 Prozent, 0,35 Prozent sowie 0,25 Prozent und Sterbetafeln auf Grundlage der DAV 2004 R der Deutschen Aktuarvereinigung zugrunde. Für ab dem 21.12.2012 neu begründete Versicherungsverhältnisse werden geschlechterunabhängige Mischtafeln verwendet. Bei der Berechnung der Zinszusatzreserve wurde ein Referenzzins von 1,57 Prozent, der gemäß § 5 Absatz 3 DeckRV ermittelt wurde, als Rechnungsgrundlage verwendet.
- Bei der Berechnung der Zinsverstärkung im Altbestand bzw. der Zinszusatzreserve im Neubestand wurden analog zum Vorjahr Kapitalabfindungs- und Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt.
- Auf den Rechnungszins von 3,25 Prozent bzw. 2,75 Prozent entfallen 57,8 Prozent bzw. 22,5 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung. Auf den Rechnungszins von 2,25 Prozent entfällt 11,5 Prozent, auf den Zinssatz 1,75 Prozent 4,0 Prozent, auf den Zinssatz von 1,25 Prozent 1,6 Prozent, auf den Zinssatz von 0,9 Prozent 2,5 Prozent, auf den Zinssatz 0,35 Prozent 0,3 Prozent sowie auf den Zinssatz 0,25 Prozent 0,2 Prozent der gesamten Deckungsrückstellung. Es handelt sich um ungezillmerte Tarife.
- Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle erfolgt individuell je Schadenfall.
- C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird**
- Die Deckungsrückstellung der fondsgebundenen Lebensversicherungen wird nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungen ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert ermittelt.

- D. **Andere Rückstellungen** Alle anderen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig sind.
- E. **Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft** Die Depotverbindlichkeiten sind nach den Berechnungsgrundlagen der Rückversicherungsverträge ermittelt.
- F. **Andere Verbindlichkeiten** Der Ansatz erfolgt mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag. Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren bestehen nicht.
- G. **Rechnungsabgrenzungsposten** Abgegrenzt werden Disagien aus Namensschuldverschreibungen infolge der angewandten Nennwertbilanzierung.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

- A.I.1 Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**
- Der Posten enthält Anteile an Investmentvermögen mit dem Anlageziel Aktien, Immobilien und Renten mit Buchwerten in Höhe von 214.279 Tausend Euro. Die beizulegenden Zeitwerte betragen 189.953 Tausend Euro. Die Investmentanteile sind vollständig dem Anlagevermögen zugeordnet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind unterblieben, da nicht von einer dauernden Wertminderung ausgegangen wird. Ausschüttungen erfolgten in Höhe von 4.266 Tausend Euro.
- A.I.2 Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**
- Alle Inhaberschuldverschreibungen werden nach den Grundsätzen der für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet. Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind unterblieben, da nicht von einer dauernden Wertminderung ausgegangen wird. Die beizulegenden Zeitwerte der betreffenden Inhaberschuldverschreibungen betragen 34.831 Tausend Euro, die Buchwerte 44.548 Tausend Euro. Es ist beabsichtigt, die Papiere bis zum Ende der jeweiligen Laufzeit zu behalten.
- Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass die Papiere nicht vollständig bedient werden.
- A.I.3 Sonstige Ausleihungen**
- Außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert sind bei den Namensschuldverschreibungen unterblieben, da die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden und mit einem Ausfall der Rückzahlungsbeträge nicht gerechnet wird. Die beizulegenden Zeitwerte der betreffenden Namensschuldverschreibungen betragen 82.012 Tausend Euro, die Buchwerte 100.858 Tausend Euro. In den Namensschuldverschreibungen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Zeitwert von 15.779 Tausend Euro enthalten. Für diese Namensschuldverschreibungen beträgt der Buchwert 21.358 Tausend Euro.
- Bei den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Abschreibungen auf den niedrigeren Zeitwert unterblieben, da die betreffenden Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden und mit einem Ausfall der Rückzahlungsbeträge nicht gerechnet wird. Der beizulegende Wert der betreffenden Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt 96.399 Tausend Euro, die Buchwerte 133.825 Tausend Euro. In den Schuldscheinforderungen und Darlehen sind Finanzinstrumente in Form von strukturierten Produkten mit einem Zeitwert von 9.615 Tausend Euro enthalten. Für diese Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt der Buchwert 14.000 Tausend Euro. Die Bewertung zum Bilanzstichtag erfolgt mittels finanzmathematischer Berechnungen auf Basis der wichtigsten Einflussgrößen wie Zinsen und Volatilität. Da alle Papiere mit einer Kapitalgarantie ausgestattet sind, wird die Differenz bis zu den jeweiligen Laufzeitenden wieder ausgeglichen.
- D.III Andere Vermögensgegenstände**
- Es handelt sich um Steuererstattungsansprüche in Höhe von 461 (219) Tausend Euro, die aus zu hohen Vorauszahlungen resultieren.
- E. Rechnungsabgrenzungsposten**
- Es handelt sich im Wesentlichen um abgegrenzte Zinsen für Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen in Höhe von 3.350 (3.465) Tausend Euro, die erst in 2023 fällig werden. Des Weiteren beinhaltet der Posten Agiobeträge aus Namensschuldverschreibungen in Höhe von 382 (442) Tausend Euro.

Entwicklung der Aktivposten A und B

	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen
	2021		
	€	€	€
A. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	203.275.221	11.030.370	0
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	55.934.784	1.946.356	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	136.027.434	12.607.048	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	158.905.928	5.040.418	0
c) Übrige Ausleihungen	8.663.804	96.888	0
Insgesamt	562.807.171	30.721.080	0

Bewertungsmethoden zur Ermittlung der Zeitwerte

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach den Net Asset Value.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen werden die Zeitwerte nach der Discounted-Cashflow-Methode ermittelt.

Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über Risikoaufschläge Rechnung getragen. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen mit derivaten Bestandteilen werden mittels geeigneter mathematischer Bewertungsverfahren bewertet. In einzelnen Fällen wird auf unabhängige externe Datenlieferanten zurückgegriffen.

Inhaberschuldverschreibungen und Anteile an Investmentvermögen werden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte	Bilanzwerte*)	Zeitwerte	Zeitwertreserve*)
€	€	€	2022 €	2022 €	2022 €	2022 €
26.226	0	0	214.279.365	214.279.365	189.953.312	- 24.326.053
1.492.195	0	0	56.388.945	56.388.945	47.579.166	- 8.809.779
6.000.000	0	0	142.634.482	142.104.576	125.177.527	- 16.927.049
2.055.204	0	0	161.891.142	161.891.142	125.734.931	- 36.156.211
0	0	0	8.760.692	8.760.692	6.190.268	- 2.570.424
9.573.625	0	0	583.954.626	583.424.720	494.635.204	- 88.789.516

*) ohne A; einschl. Agien und Disagien

Für die in die Überschussbeteiligung einzubeziehenden Kapitalanlagen vor Abzug eines Sicherungsbedarfs ergeben sich als

	2022 €
Gesamtsumme der Anschaffungskosten	583.424.720
Gesamtsumme der beizulegenden Zeitwertes	494.635.204
Saldo	- 88.789.516

A.I Eingefordertes / gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 3 Millionen Euro und ist eingeteilt in 300 Stückaktien.

A.II Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage setzt sich wie folgt zusammen:

	2022 €	2021 €
Kapitalrücklage		
nach:		
§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB	500.000	500.000
§ 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	23.406.911	23.406.911
Stand am Ende des Geschäftsjahres	23.906.911	23.906.911

A.III Gewinnrücklagen

1. andere Gewinnrücklagen

Entwicklung	2022 €	2021 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	3.093.089	3.093.089
Zuführung zu dem Bilanzgewinn	0	0
Stand am Ende des Geschäftsjahres	3.093.089	3.093.089

A.IV Bilanzgewinn

Entwicklung	2022 €	2021 €
Jahresüberschuss	190.000	70.000
Gewinnvortrag	4.607.108	4.537.108
Bilanzgewinn	4.797.108	4.607.108

B.I Deckungsrückstellung

Im Berichtsjahr wurde die Zinsverstärkung im Altbestand bzw. die Zinszusatzreserve im Neubestand als Teil der Deckungsrückstellung analog zum vorangegangenen Berichtsjahr unter Berücksichtigung unternehmensspezifischer Wahrscheinlichkeiten mit entsprechenden Sicherheiten für die Ausübung des Kapitalwahlrechts und der Storno-Option gebildet. Insgesamt besteht zum Bilanzstichtag eine Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve in Höhe von 52.345 (50.780) Tausend Euro. Zur langfristigen Absicherung der Zinsverpflichtungen wurde die Zinsverstärkung bzw. Zinszusatzreserve damit um 1.565 Tausend Euro weiter erhöht.

B.III Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2022 €	2021 €
Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	5.344.253	5.299.771
Entnahme	226.982	155.518
Zuführungen	50.000	200.000
Stand am Ende des Geschäftsjahres	5.167.271	5.344.253
davon:		
Festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	271.624	210.213
Ungebundene	4.895.647	5.134.040

D.II Sonstige Rückstellungen	2022 €	2021 €
Jahresabschlussprüfung	30.000	27.000
Personalarückstellung	0	0
Rechtsberatung	0	0
Insgesamt	30.000	27.000

F.I Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Die ausgewiesenen Verbindlichkeiten beinhalten überwiegend vorausgezahlte Beiträge.

G. Rechnungsabgrenzungsposten Der Posten beinhaltet Disagien aus Namensschuldverschreibungen privatrechtlicher Geld- und Kreditinstitute sowie gegenüber Bund, Länder, Gemeinden und andere Körperschaften in Höhe von 912 (360) Tausend Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I.1.a) Gebuchte Beiträge Sämtliche Beiträge resultieren aus dem Inlandsgeschäft.

Kapitalversicherungen	2022 €	2021 €
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	0	0

Renten- und Pensionsversicherungen	2022 €	2021 €
Laufende Beiträge	0	0
Einmalbeiträge	23.001.715	22.627.006

Davon aus:	2022 €	2021 €
Einzelversicherungen	8.132.702	7.823.379
Kollektivversicherungen	14.869.013	14.803.627

Sonstige Angaben

Provisionen und Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2022 €	2021 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	785.258	699.000
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	0	0
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
6. Aufwendungen insgesamt	785.258	699.000

Haftungsverhältnisse und finanzielle Verpflichtungen

Im Jahresabschluss angabepflichtige Haftungsverhältnisse i. S. d. § 251 HGB, sonstige aus dem Jahresabschluss nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse oder wesentliche andere finanzielle Verpflichtungen i. S. v. § 285 Nr. 3 i. V. m. § 341 a Abs. 2 Satz 4 HGB bestehen nicht.

Gegenüber dem Sicherungsfonds für die Lebensversicherer besteht eine latente Verpflichtung zur Einzahlung zusätzlicher Eigenmittel in Höhe von 397 Tausend Euro.

Rückversicherungssaldo

Der Rückversicherungssaldo nach RechVersV beträgt 15.089 (16.255) Tausend Euro zu Lasten des Rückversicherers. Zusätzlich ergaben sich Depotzinsen 10.945 (10.646) Tausend Euro und sonstige versicherungstechnische Erträge von 16 (29) Tausend Euro zu Gunsten der Rückversicherer.

Weitere Angaben

Nach der vorliegenden Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG hält die Landschaftliche Brandkasse Hannover, Hannover, das gesamte gezeichnete Kapital der Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover.

Offene Vorkäufe auf Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Latente Verpflichtungen, Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen zu einem vorab festgelegten Zinssatz zu erwerben, bestehen nicht.

Es werden keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Im Geschäftsjahr erfolgten Tantiemезahlungen an die Vorstände in Höhe von 31 Tausend Euro.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr keine Vergütungen gezahlt.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 39 Tausend Euro. Davon entfallen auf das Vorjahr 2 Tausend Euro.

Die Landschaftliche Brandkasse Hannover erstellt einen Konzernabschluss, in dem die Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, als abhängiges Unternehmen einbezogen wird. Die Veröffentlichung des Konzernabschlusses erfolgt im Bundesanzeiger.

Die Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, ist im Handelsregister B des Amtsgerichts Hannover unter der Nummer HRB 60620 eingetragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung bezüglich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben nach Schluss des Geschäftsjahrs nicht stattgefunden.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Bei Abschluss eines Altersvorsorgevertrags wird ein langfristiges Vertragsverhältnis eingegangen. Um die vereinbarten Versicherungsleistungen während der gesamten Versicherungsdauer zu gewährleisten, sind die in die Tarifikalkulation einfließenden, von der Aufsichtsbehörde genehmigten Rechnungsgrundlagen vorsichtig gewählt. Dadurch entstehen im Allgemeinen Überschüsse, an denen jeder Vertrag im Rahmen der Überschussbeteiligung teilhat. Die Höhe dieser Überschüsse hängt von der Verzinsung der Kapitalanlagen, der Entwicklung der Lebenserwartung und dem Verlauf der Kosten ab. Die daraus resultierenden Ergebnisse unterliegen jedoch Schwankungen. Kurzfristige Schwankungen können in aller Regel ausgeglichen werden. Langanhaltende Änderungen, z. B. an den Kapitalmärkten, oder wenn die Lebenserwartung stärker als bisher eingerechnet steigt, führen dagegen zu einer entsprechenden Anpassung der Überschussanteilsätze.

Das System der Überschussbeteiligung, also die Art und Weise wie der Überschuss festgestellt und den Verträgen zugeteilt wird, erfolgt für die bis einschließlich 2005 angebotenen Tarife entsprechend dem von der Aufsichtsbehörde, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, genehmigten Geschäftsplan für die Überschussbeteiligung. Für die ab 2006 abgeschlossenen Verträge sind allein die gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen maßgebend. Die Überschussanteilsätze werden jährlich vom Vorstand auf Vorschlag des verantwortlichen Aktuars für das Folgejahr festgelegt.

Derzeit gilt folgendes Verfahren:

Tarife PK bis PK17

Für die bis einschließlich 2020 angebotenen Tarife werden die Überschüsse jährlich zum 1.7. eines Jahres den Verträgen zugeteilt. Der Zinsüberschussanteil wird vor Rentenbeginn in Prozent des arithmetischen Mittels des Deckungskapitals am Jahresanfang und Jahresende des Vorjahres ermittelt. Nach Rentenbeginn ist das gewinnberechtigende Deckungskapital am Zuteilungstermin maßgeblich. Der Grundüberschuss wird in Prozent der erreichten Jahresrente errechnet. Hinzu können Schlussüberschussanteile kommen. Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet, die zusammen mit der vertraglich vereinbarten Rente fällig wird. Hierdurch erhöht sich die versicherte Rente; nach Rentenbeginn ergibt sich dadurch eine jährlich zum 1.7. steigende Gesamt-Rente.

Tarife PK21 und PK22

Für die ab 2021 angebotenen Tarife werden die Überschüsse vor Beginn der Rentenzahlung jeweils zum Ende eines Monats den Verträgen zugeteilt. Der laufende Überschussanteil setzt sich entsprechend seiner Entstehung aus einem Grundüberschuss und einem Zinsüberschuss zusammen.

Der Grundüberschuss wird in Prozent der Beitragssumme berechnet. Der monatliche Zinsüberschuss wird mit Hilfe des Garantiedeckungskapitals sowie des Wertes einer eventuell vorhandenen Bonusrente zu Beginn des Monats der Zuteilung und einem zeitanteiligen Zinsüberschussanteilssatz berechnet. Hinzu können Schlussüberschussanteile kommen. Die laufenden Überschussanteile werden in Fondsanteile umgewandelt und dem Anlagestock zugeführt. Wurde der Wert der entsprechenden Fondanlage durch Ausüben der Sicherungsoption in das konventionelle Deckungskapital überführt, werden die laufenden Überschussanteile als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet, die zusammen mit der vertraglich vereinbarten Rente fällig wird.

Nach Beginn der Rentenzahlung erhalten die Verträge jeweils zum Ende eines Rentenbezugsjahres, erstmals am Ende des ersten Jahres nach Beginn der Rentenzahlung, einen Zinsüberschuss als jährlichen Überschussanteil. Das Rentenbezugsjahr beginnt mit dem im Versicherungsschein genannten Tag der ersten Rentenzahlung. Maßgeblich ist das gewinnberechtigte Deckungskapital am Zuteilungstermin. Die jährlichen Überschussanteile werden als Einmalbeiträge für eine Zusatzrente verwendet. Dadurch ergibt sich eine jährlich zum Ende eines Rentenbezugsjahres steigende Gesamt-Rente.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Ferner ist bei Beendigung des Vertrages in der Aufschubzeit sowie zu Rentenbeginn der Versicherungsnehmer an etwaig vorhandenen Bewertungsreserven unter Berücksichtigung des Sicherungsbedarfes zu beteiligen. Bedingt durch die hohen Wertschwankungen an den Kapitalmärkten können sich diese anteiligen Bewertungsreserven monatlich erheblich verändern.

Für die Beteiligung kann jährlich eine Sockelbeteiligung festgelegt werden. Ist die tatsächlich zustehende Beteiligung höher als die Sockelbeteiligung, wird der übersteigende Teil zusätzlich bezahlt.

Zurzeit ist keine Sockelbeteiligung festgelegt. Alle laufenden Renten erhalten zur Beteiligung an den Bewertungsreserven grundsätzlich einen zusätzlichen Überschussanteil.

Für das Jahr 2023 wurden die folgenden jährlichen Überschussanteilssätze (laufende Überschussbeteiligung) für Anwärter und Rentner festgelegt:

Zinsüberschussanteile des gewinnberechtigten Deckungskapitals

Tarif (Faktorentabelle)	Jährlicher Überschussanteil Anwärter in %	Jährlicher Überschussanteil Rentner in %
PK, PK04, PK05, PK06, PK07, PK08, PK09 jeweils in den Tarifstufen (TS) N, F, V	–	–
PK12 und PK13 in den TS N, F, V	0,25 %	0,25 %
PK15 in den TS N, F, V	0,75 %	0,75 %
PK17 in den TS N, F, V	1,10 %	1,10 %
PK21 in den TS N, F, V, E	1,65 %	1,50 %
PK22 in den TS N, F, V, E	1,75 %	1,75 %

Rentner erhalten keinen erhöhten Überschussanteilsatz im Vergleich zu den Anwärtern. Unter Berücksichtigung des Sicherungsbedarfs ergibt sich keine zusätzliche Beteiligung an den Bewertungsreserven.

Weitere Überschussanteilssätze werden nicht gewährt.

Hannover, den 20. Februar 2023

Der Vorstand

Rolf-Dieter Marson

Kerstin Garbe

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Provinzial Pensionskasse Hannover AG, Hannover, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Provinzial Pensionskasse Hannover AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der Vorstand und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung des Vorstands und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere

Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 12. April 2023

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Hasenburg
Wirtschaftsprüfer

gez. Haarstrich
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands während des Berichtsjahres entsprechend der nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Sitzungen des Aufsichtsrats statt. In den Sitzungen wurde unter anderem über den Jahresabschluss des Vorjahres, über die Geschäftsentwicklung 2022 und die Planung 2023 beraten. Des Weiteren wurde der Aufsichtsrat über die Wirksamkeit der in der Vergangenheit eingeleiteten Stabilisierungsmaßnahmen unterrichtet.

Über alle wesentlichen Sachverhalte wurde der Aufsichtsrat durch die Vorstandsmitglieder laufend informiert. Insbesondere erfolgte eine laufende Berichterstattung über die Entwicklung der Deckungsrückstellung und der Zinszusatzreserve.

Der Aufsichtsrat, vertreten durch den Aufsichtsratsvorsitzenden, erteilte den Prüfungsauftrag an die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hannover. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der abschließende Prüfungsbericht enthält den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. Zusammen mit dem Jahresabschluss hat der Wirtschaftsprüfer auch den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Hier hat der Wirtschaftsprüfer bestätigt, dass die tatsächlichen Angaben des Berichtes richtig sind und bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.

Alle Mitglieder haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Wirtschaftsprüfers über die Jahresabschlussprüfung erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Weiterhin stellte der verantwortliche Aktuar seinen Erläuterungsbericht und Angemessenheitsbericht vor, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse der versicherungsmathematischen Berechnungen und beantwortete die Fragen der Mitglieder.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt den festgestellten Jahresabschluss der Hauptversammlung zur Bestätigung vor.

Weiterhin wurde zur Bilanzsitzung der vom Vorstand gemäß § 312 AktG aufgestellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen vorgelegt und geprüft. Einwendungen hiergegen bestanden nicht. Der Aufsichtsrat hat sich ferner mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer über den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen befasst und hat auch hier keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat dankt den Vorstandsmitgliedern für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Hannover, den 13. April 2023

Jörg Sinner
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

VGH Versicherungen

Schiffgraben 4

30159 Hannover

Telefon 0511 362-0

Telefax 0511 362 29 60

E-Mail service@vgh.de

Internet www.vgh.de